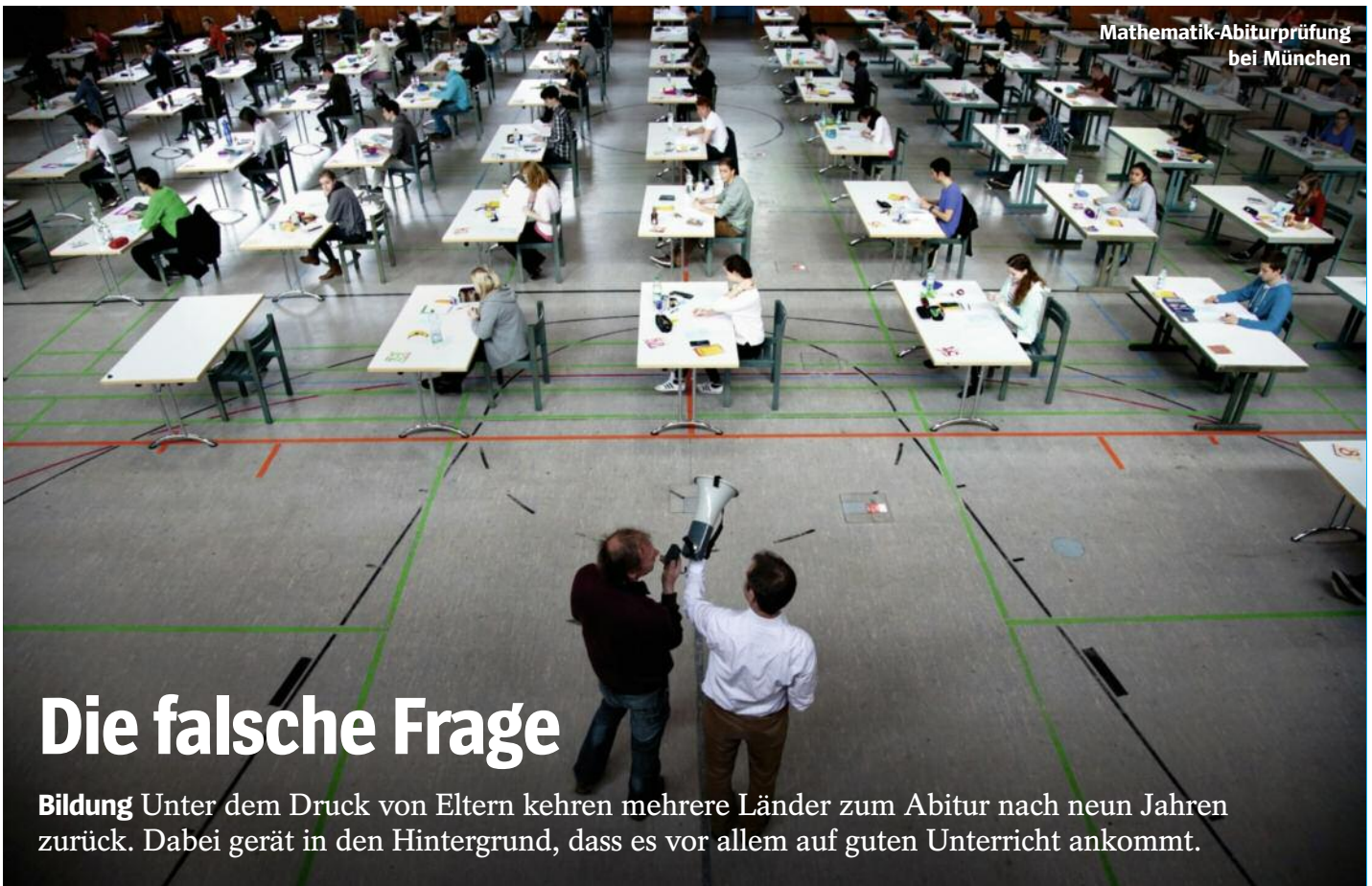




Die falsche Frage

Bildung Unter dem Druck von Eltern kehren mehrere Länder zum Abitur nach neun Jahren zurück. Dabei gerät in den Hintergrund, dass es vor allem auf guten Unterricht ankommt.

Was Eltern an der Schule gut und richtig finden, hängt in der Regel davon ab, wie es dem eigenen Nachwuchs dort geht. So ist das auch bei Kathrin Rabes, ihr Urteil speist sich aus den Erfahrungen der drei Kinder. Die Tochter hat im vergangenen Jahr das Abitur in München gemacht, der jüngere Sohn wird dort bald die achte Klasse eines Gymnasiums besuchen. Den mittleren Spross hat Rabes auf ein Internat in Irland geschickt.

Den Ortswechsel des mittleren Sohnes sieht die 50-jährige Physiotherapeutin als Akt der Notwehr – gegen die auf acht Jahre verkürzte Gymnasialzeit in Bayern. „Unsere Söhne kamen nach langen Schultagen frustriert, unerfüllt und gestresst nach Hause“, klagt die Mutter. Die Jungen hätten unter Kopf- und Bauchschmerzen gelitten, ihr Wissensdrang sei verkümmert. Den Cello- und den Klavierunterricht strich Kathrin Rabes aus dem Wochenplan, fürs Üben sei zu wenig Zeit geblieben.

„Im G8 muss alles schnell gehen, der Stoff wird eingetrichtert, jegliche Individualität bleibt auf der Strecke“, kritisiert die Münchnerin. Deshalb unterstützte sie eine Volksinitiative, die für Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 an allen Gymnasien eintritt. Das Volksbegehren scheiterte im Juli. Doch die regierende CSU hatte sich schon vorher zu Zugeständnissen bereit erklärt, in diesem Monat will sie Eckpunkte für eine Gymnasialreform vorstellen.

„Das G8 für alle ist überholt, das G9 für alle aber auch“, sagt Kultusminister Lud-

wig Spaenle (CSU). So wird der Freistaat wohl bald Optionen für unzufriedene Eltern wie Kathrin Rabes bereithalten, etwa eine entschleunigte Mittelstufe.

Eine weitreichende Abkehr vom achtjährigen Gymnasium könnte es in Hamburg geben. Dort beginnt diese Woche ein Volksbegehren für die Wahlfreiheit. Falls die Initiative „G9-Jetzt-HH“ erfolgreich ist, könnte die Hansestadt das nächste Bundesland sein, in dem G8 kippt.

Denn das achtjährige Gymnasium ist unpopulär: In Umfragen sprechen sich regelmäßig mehr als zwei Drittel der Eltern dafür aus, zu neun Jahren zurückzukehren. Im neuen Ifo-Bildungsbarometer, das diese Woche veröffentlicht wird, befürworten nur 30 Prozent der Befragten das G8 (siehe Seite 48). Allerdings ist das Meinungsbild bei anderen Schulthemen klarer, etwa beim Sitzenbleiben oder der Notwendigkeit von Zensuren.

Bei aller Aufregung ums Turbo-Abi rückt in den Hintergrund, dass Schulforscher und Praktiker nach dem Pisa-Schock Anfang des Jahrtausends einen anderen Hebel ausgemacht haben, um die deutschen Schulen zu verbessern: Sie wollen vor allem an der Qualität des Unterrichts arbeiten, an der Art der Wissensvermittlung und der Ausbildung der Lehrer – am Kerngeschäft der Schule also.

Eine zusätzliche Befragung von Politikern, Wissenschaftlern, Lehrern und Schülern durch den SPIEGEL ergab, dass den meisten Experten solche Qualität im Detail besonders wichtig ist. Eine gute Schule ist

demnach auch innerhalb der bestehenden Strukturen zu verwirklichen.

Doch vielerorts sind nun wieder Strukturdebatten angesagt wie in der Zeit vor den Pisa-Tests: Ein Bundesland nach dem anderen gibt dem Druck der Eltern nach und weicht die Schulzeitverkürzung auf. Im März kündigte Niedersachsen an, neun Jahre wieder zur Regel zu machen. Hessen überlässt die Wahl den Schulen. Baden-Württemberg hat für derzeit 44 Gymnasien eine G9-Option eingerichtet; die SPD will diese Zahl deutlich erhöhen. In Hamburg hat der Senat Obergrenzen für Hausaufgaben und Stundenzahl eingeführt, um das G8 trotz der Kritik noch zu retten.

Es ist der Elternwille, der die Landesregierungen, egal welcher Couleur, unter Zugzwang stellt. Kein Ministerpräsident will das Risiko eingehen, von Müttern und Vätern aus dem Amt gewählt zu werden. Deshalb geht die Rolle rückwärts in den Ländern meist auch von den Staatskanzleien aus, nicht von den Kultusministerien.

Die Hoffnungen der Regierungschefs, so die Schulfront zu befrieden, scheinen sich jedoch nicht zu erfüllen. In Hessen hat die schwarz-grüne Koalition unter Volker Bouffier (CDU) Übergangsregelungen vorgelegt, die es auch fünften, sechsten und siebten Klassen ermöglichen sollen, nachträglich von G8 auf G9 umzusteigen. Doch dafür müssen alle Eltern einer wechselwilligen Klasse dem entsprechenden Beschluss der Schulkonferenz ohne Gegenstimme zustimmen. Aus einigen hessischen Gymnasien drangen Berichte über

zerstrittene Elternvertretungen und Mobbing gegen G9-Verweigerer an die Öffentlichkeit.

Die laute Diskussion übertönt jene Stimmen, die mäßigend wirken wollen, die davor warnen, mit dem Hin und Her zu viel Kraft zu verschleifen. Die kommen auch von den Schülern selbst. „Die Schulen brauchen vor allem Ruhe“, sagt der Vorsitzende des niedersächsischen Landeschülerrats, Helge Feußahrens. „Es ist nicht gut, wenn jede Landesregierung neue Reformen auflegt.“

Die Junge Union Hamburg hat sich jüngst in einer Umfrage unter den Gymnasiasten der Hansestadt umgehört. Zwei Drittel der Befragten befanden, das Gymnasium sei aus ihrer Sicht in acht Jahren „gut zu schaffen“. Nur jeder Fünfte sah die erneute Diskussion über G8 ganz oben auf der Problemliste, die Hälfte der befragten 431 Schüler monierte hingegen die mangelnde Qualität des Unterrichts beziehungsweise des Lehrpersonals.

Kritik kommt auch von der Rheinischen Direktorenvereinigung. Für deren Vorsitzenden Konrad Großmann geht die Debatte über G8 und G9 „in die vollkommen falsche Richtung“, sie verdecke die „wahren Ursachen für die Probleme einer wachsenden Anzahl von Schülerinnen und Schülern am Gymnasium“. Im August stellte das Institut der deutschen Wirtschaft Köln eine Studie vor, wonach G8 die Gymnasiasten keineswegs unglücklich mache.

Allerdings laufen vielerorts die bestehenden G8-Gymnasien auch dann nicht rund, wenn man die überschießende Elternaufregung abzieht. Noch immer sind die Nachwirkungen der überhasteten G8-Einführung nicht überwunden. Pädagogische Argumente oder die Taktung des Schultags spielten bei der Umsetzung des verkürzten Wegs zum Abi eine ebenso untergeordnete Rolle wie heute bei der Reform der Reform.

Vor rund zehn Jahren folgte die Politik dem neoliberalen Zeitgeist, wonach jüngere Schulabgänger und damit jüngere Berufseinsteiger wünschenswert seien. Die Beschleunigung sollte den Sozialklassen zugutekommen, die öffentliche Hand weniger für die Schulen ausgeben müssen.

„Das deutsche Bildungssystem geht verschwenderisch mit Lern- und Arbeitszeit um“, hieß es etwa 2003 in der Broschüre „Bildung neu denken“, herausgegeben von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Das Ziel, so schrieben die Autoren um den Erziehungswissenschaftler Dieter Lenzen, müsse ein „sparsamer Umgang mit Lebenszeit bei gesteigerten Lerneffekten“ sein, etwa durch eine „Verfrühung des Lernens“ oder durch eine „Verdichtung des Lernens“. Die Schule habe sich am Bedarf der Wirtschaft zu orientieren, es gehe um die „Durchsetzung einer Kunden- und



Kritikerin Rabes: „Im G8 muss alles schnell gehen, der Stoff wird eingetrichtert“

Serviceorientierung im Bildungswesen“. Wenig später, zum Schuljahresbeginn 2004/05, führte der damalige Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) G8 im Hauruckverfahren ein. Es war das Signal für alle anderen großen Bundesländer.

In den folgenden Jahren machten Gymnasien bundesweit jedoch schlechte Erfahrungen mit der Verdichtung. „Wir haben gelernt, dass sehr viele Schülerinnen und Schüler einfach mehr Zeit brauchen, bis wir ihnen wirklich mit gutem Gewissen eine Hochschulreife attestieren können“, sagt Stefan Alsenz, Rektor der Albert-Schweitzer-Schule in Kassel.

Nicht, dass die G8-Schüler den abgefragten Stoff nicht schafften oder bei den Noten abrutschten, so der Schulleiter: „Aber es ist einfach ein Unterschied, ob man 14-jährige Schüler schon in der Oberstufe sitzen hat oder ob sie ein Jahr älter und reifer sind.“ Vor allem für Jungs, die länger in ihrer Entwicklung brauchten, kämen viele Themen aus der Abiturvorbereitung zu früh. „Wenn Sie als Lehrer in der Abschlussklasse mit einem 16-Jährigen über Goethes ‚Faust‘ diskutieren sollen, ist das mitunter schwierig“, so Alsenz. Nun hofft der Kasseler Schulleiter, dass die Schulen nach dem Ende des G8-Experiments besser werden. Die Albert-Schweitzer-Schule will auch im G9-System bereits in der sechsten Klassenstufe mit der zweiten Fremdsprache beginnen.

Ein besserer Takt im Schulalltag lasse sich im G8 verwirklichen, meint hingegen Alsenz' Kollege Eduard Seger, Schulleiter an einer der 19 rheinland-pfälzischen G8-Schulen, dem Hannah-Arendt-Gymnasium in Haßloch. Er sei von der kürzeren Schulzeit „absolut überzeugt“. Die Vorteile wirkten allerdings nur, wenn G8 nicht als Sparprogramm betrachtet werde, sondern als Teil eines auf den ganzen Tag ausgerichteten Konzepts.

Es dürfe beispielsweise nicht sein, sagt der Schulleiter, dass die G8-Schüler nach zehn, elf Stunden Unterricht noch mit einem Berg Hausaufgaben heimgeschickt würden. Stattdessen müssten Angebote mit Hausaufgabenbetreuung, freien Lernzeiten, einer Vertiefung des Unterrichtsstoffs und freiwilligen Arbeitsgemeinschaften in den Tagesablauf eingebaut werden – und das koste eben Personal und Geld.

Rheinland-Pfalz ist als einziges Bundesland im Westen dem Hü und Hott bei der Schuldauer nicht gefolgt. Dort gilt seit einigen Jahren eine Art Achteinhalb-Gymnasium als Regel: Die Abiturienten legen ihre Prüfungen im 13. Schuljahr so früh ab, dass sie ihr Reifezeugnis bereits Ende März in Händen halten und zum Sommersemester an die Hochschulen wechseln können. In Rheinland-Pfalz dürfen nur solche Gymnasien den achtjährigen Ausbildungsweg anbieten, die ein pädagogisches Konzept und eine Ausstattung als Ganztagschule mitbringen – wie Segers Gymnasium in Haßloch.

Pisa-Forscher und andere Bildungswissenschaftler haben nie behauptet, dass die kürzere Schulzeit das Lernumfeld oder gar die Schülerleistungen verbessern würde. Er hätte sich gewünscht, sagt etwa der Frankfurter Bildungsforscher und ehemalige Pisa-Koordinator Eckhard Klieme im Rückblick, „dass man Maßnahmen systematischer erprobt, bevor man sie überall einsetzt“ – zum Beispiel das Drehen an der Gymnasialzeit oder den Englischunterricht in der Grundschule. „Dazu reichen Modellprogramme in einem oder zwei Bundesländern.“

Doch solche Probeläufe hat es in der Fläche nicht gegeben. Und der Fehler wiederholt sich nun bei der Rückkehr zu G9. Diese beschlossen die Bundesländer, ohne die von ihnen finanzierte Bildungsforschung ausreichend zu konsultieren. Im

Sommer veröffentlichten viele namhafte Forscher einen Aufruf gegen die „Rolle rückwärts“, sie forderten eine „Versachlichung der Debatte“.

Denn die Uhr lässt sich nicht einfach zurückdrehen. Die meisten Bundesländer haben die verbindliche Übergangsempfehlung nach der Grundschule abgeschafft, die Quote der Abiturienten pro Jahrgang ist von rund 24 Prozent im Jahr 2002 auf knapp 36 Prozent im Jahr 2012 gestiegen. Dass dieser Trend durch G9 noch zunehmen wird, zeigen Zahlen aus Hessen.

Dort kann sich etwa die Schillerschule, ein G9-Gymnasium in Frankfurt-Sachsenhausen, vor Anmeldungen kaum retten. Eine Integrierte Gesamtschule im Stadtteil Eschersheim verzeichnete hingegen nur 32 Anmeldungen für das laufende Schuljahr, nach 85 im vergangenen.

Der Leiter der deutschen Pisa-Studie Manfred Prenzel steht der Rückkehr zu G9 kritisch gegenüber. Ihm sind andere Faktoren wichtiger: „systematische Unterrichtsentwicklung“ zum Beispiel, „verbindliche Bildungsstandards“ oder die „Einführung von Schulinspektion und Schulevaluation“. Es gehe um „Qualität und Koordination“, meint Prenzel.

Immer wieder haben sich Schulforscher für einheitliche Standards im föderalen System eingesetzt. Der dauerhafte und detaillierte Vergleich, so ihr Credo, werde die Bundesländer und die einzelnen Schulen dazu anhalten, sich zu verbessern. Künftig wird jedoch die Bildungsrepublik mehr denn je einem Flickenteppich ähneln. Es wird reine G8-Länder geben, etwa in Ostdeutschland, reine G9-Länder und solche mit diversen Wahlmöglichkeiten. Dabei wünscht sich insbesondere die Wirt-

schaft eigentlich das Gegenteil: Er dränge „auf mehr Vergleichbarkeit bei den Schulnoten“, sagt etwa der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Eric Schweitzer.

Experten warnen außerdem davor, dass die kleinteilige, individuelle Arbeit, die Schule ausmacht, ins Hintertreffen gerät. „Für mich steht die Schulsystemfrage nicht im Vordergrund“, sagt Hans-Günther Roßbach, Professor für Elementar- und Familienpädagogik an der Universität Bamberg.

„Es geht um die Verbesserung von Unterricht.“ Jörg Dräger, im Vorstand der Bertelsmann Stiftung zuständig für Bildung, sagt: „Gute Schule ist guter Unterricht, und der wird durch gute Lehrer gemacht. Alles andere ist zweitrangig.“

Was Klasse vor der Klasse ausmacht, weiß die Forschung recht genau: Die Lehrer sollten gut ausgebildet sein, der Stoff sollte in adäquaten Portionen aufbereitet und anschaulich präsentiert werden. Es ist wichtig, dass der Unterricht vom Fachlehrer erteilt wird – und nicht ständig von Fachfremden.

„Bis zum Alter von zehn bis zwölf Jahren lernen Kinder für den Lehrer oder die Eltern – und nicht für sich“, sagt der Kinder- und Jugendpsychiater Michael Winterhoff. Das stelle hohe Anforderungen an die Pädagogen, erklärt Winterhoff. Bremens Bildungssenatorin Eva Quante-Brandt (SPD) nennt als wünschenswerte Eigenschaften: „Fachlichkeit, didaktisches Geschick, soziale Kompetenz, Empathiefähigkeit“.

Alles unspektakuläre Faktoren, die nun in den Hintergrund rücken. Der Aufwand für die Kehrtwende beim G8 ist immens: Lehrpläne müssen neu geschrieben werden, bei Wahlfreiheit wird es doppelte Klassenarbeiten, Notenbuchhaltung und Lernmaterialien geben, manche Schulen müssen um- oder anbauen. Der Hamburger Senat hat vorläufig ermittelt, was bei einer Rückkehr zu G9 allein die Baumaßnahmen kosten könnten: zwischen 35 und 81 Millionen Euro – nur um den erwarteten Zulauf abzufangen und die Eltern zu befrieden.

Dabei könnten die Eltern selbst einiges beitragen, um den viel beklagten Leistungsdruck zu mindern. Sie sollten zum Beispiel davon absehen, ihren Kinder ständig bei den Hausaufgaben zu helfen, sagt Ursula Walther, die ehemalige Sprecherin des Bayerischen Elternverbandes. „Das schadet dem Familienleben und bringt selten etwas.“

Matthias Bartsch, Jan Friedmann, Anna Kistner

Lesen Sie die ausführlichen Antworten von Bildungspolitikern, Wissenschaftlern, Lehrern und Schülern auf Fragen des SPIEGEL unter www.spiegel.de/schulspiegel



Schulleiter Alsenz

„Mit 16-Jährigen über den ‚Faust‘ diskutieren“